



Bundesverband e.V.



zukunftsforum  
familie e.v.

An  
den Bundesminister der Finanzen  
Herrn Christian Lindner

Bundesministerium der Finanzen  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
Postanschrift: 11016 Berlin

Berlin, den 24.03.2023

Offener Brief von AWO Bundesverband e.V. und Zukunftsforum Familie e.V. an  
Bundesfinanzminister Christian Lindner:

**Die Kosten der Krisen dürfen nicht zulasten wichtiger Investitionen für Kinder  
und Jugendliche gehen - das nötige Geld für eine armutsfeste  
Kindergrundsicherung muss dringend bereitgestellt werden!**

Sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister Lindner,

wir, der AWO Bundesverband und das Zukunftsforum Familie, fordern Sie auf, das notwendige Geld für eine ambitionierte Umsetzung der Kindergrundsicherung im Rahmen der aktuellen Haushaltsplanungen bereit zu stellen.

Millionen von Kindern, Jugendlichen und Familien leben in unserem reichen Land in Armut. Auch aus unseren Einrichtungen wissen wir, was es bedeutet, wenn Kinder und Jugendliche in Armut aufwachsen: Die materiellen, sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Folgen wirken sich bis ins Erwachsenenalter aus. Das ist nicht nur in höchstem Maße sozial ungerecht, es ist auch wirtschaftlich unvernünftig: Armut verursacht enorme gesamtgesellschaftliche Folgekosten. Wir können es uns nicht erlauben, auch nur ein Kind auf der Strecke zu lassen und müssen daher jetzt entschieden in die Zukunft unserer Kinder investieren, ihnen Chancen ermöglichen und dafür sorgen, dass sie sich entfalten können. Wir erinnern Sie daran, dass Armut von Kindern und Jugendlichen niemals selbst verschuldet ist, sondern strukturelle Ursachen hat. Eltern wollen ihren Kindern ein gutes Aufwachsen ermöglichen. Genau das ist auch ihr Motiv, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. An dieser Grundüberzeugung wird die Kindergrundsicherung nicht rütteln.

Durch die ineinander übergehenden Krisen sind die Jüngsten in unserer Gesellschaft derzeit sowieso schon stark herausgefordert. Zeigen Sie in dieser angespannten Lage Kindern und Jugendlichen in Armutslagen nicht die kalte Schulter, indem Sie sie pauschalen Vorurteilen über ihre Eltern aussetzen, sondern beweisen Sie ihnen gerade jetzt Ihre Solidarität.

Umso mehr unterstützen wir die derzeitigen Anstrengungen der Bundesregierung zur Entwicklung und Einführung einer Kindergrundsicherung. Diese neue Leistung kann jedoch erst dann ihre Wirkung entfalten und die Armut von Kindern und Jugendlichen beenden, wenn sie die wesentlichen pauschalierbaren und kindbezogenen Leistungen zusammenfasst, deren Inanspruchnahme auf 100 Prozent erhöht und auf einem sozio-kulturellen Existenzminimum aufbaut, welches deutlich höher ausfällt als heute. Zudem muss die maximale Entlastungswirkung der Kinderfreibeträge der Höhe des geplanten Garantiebetrags von Anfang an entsprechen, um die Familienförderung endlich sozial gerecht auszugestalten.

Wir wissen, dass mehr Geld in den Haushalten der armen und armutsgefährdeten Familien direkt bei den Kindern und Jugendlichen ankommt und diesen damit unmittelbar bei der Verwirklichung ihres Rechts auf ein selbstbestimmtes Leben hilft. Der qualitativ hochwertige Ausbau der Einrichtungen, Dienste und Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe ist darüber hinaus ebenso bedeutsam für die Armutsbekämpfung und muss daher in gleicher Weise entschlossen vorangetrieben werden.

Wir fordern Sie daher auf: Geben Sie Ihre Blockadehaltung bei der Bereitstellung ausreichender Mittel für die Kindergrundsicherung auf und unterstützen Sie diese neue Leistung, die Millionen von Kindern und Jugendlichen Zuversicht in ein gutes Aufwachsen geben kann. Wagen Sie mit ihren Koalitionspartner\*innen endlich wieder „mehr Fortschritt“, wie Sie es gemeinsam im Koalitionsvertrag versprochen haben!

Mit freundlichen Grüßen



Michael Groß  
AWO Bundesverband e.V.  
Vorsitzender des Präsidiums



Britta Altenkamp  
Zukunftsforum Familie e.V.  
Vorsitzende des Vorstandes